

6. Runder Tisch Europa

Antrag des Regierungsrates vom 14. Dezember 2022 und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 29. August 2023 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 381/2021

KR-Nr. 381/2021

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Die Kommission für Staat und Gemeinden empfiehlt dem Kantonsrat einstimmig, das dringliche Postulat von Altkantonsrat Michael Zeugin und weiteren Unterzeichnenden zur Einrichtung eines Runden Tisches Europa als erledigt abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, bei der Konferenz der Kantone einen Runden Tisch zwischen Bund und Kantonen zum Thema, eine verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zu initiieren.

Der Regierungsrat kam in seiner Stellungnahme zum vorliegenden Postulat zum Schluss, dass die geforderten Gesprächsplattformen zwischen Bund und Kantonen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der EU bereits in Form des Europa-Dialogs besteht. Die STGK teilt diese Einschätzung und beantragt Ihnen, das Postulat abzuschreiben.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Als das Thema vor zwei Jahren im Kantonsrat war, sagte ich bereits dasselbe: Das Jahr 2024 ist noch nicht alt und wir behandeln ein Thema, bei dem wir, die SVP, klar der Meinung sind, dass es in den Kantonsrat Zürich nicht wirklich hingehört. Natürlich sind wir für die Abschreibung des Postulats. Wir können es aber nicht oft genug sagen: Zuständig für die Verhandlungen mit der EU ist nicht der Kanton Zürich beziehungsweise unser Regierungsrat, sondern die Regierung der ganzen Schweiz, das heisst der Bundesrat. Oder haben wir vor einem Jahr irgendwo ein Plakat gesehen bei den Regierungsratswahlen, auf dem jemand der Kandidieren geworben hat «Wählen Sie mich und ich verhandle mit der EU, finde eine Lösung, die mehrheitsfähig ist»? Wir leben in der Realität. Und nein, niemand hat dafür so oder ähnlich geworben, und das ist auch richtig und stufengerecht. Wir verstehen auch nicht, wieso überhaupt ein Runder Tisch gefordert wurde, obwohl dieser ja bereits in verschiedenen Formen besteht, Stichwort «Europa-Dialog» wo der Kanton Zürich beziehungsweise unser Regierungsrat jeweils vertreten ist. Lesen Sie bitte dazu die Antwort des Regierungsrats. Anscheinend haben viele Parteien zuerst die Antwort dazu gebraucht, um etwas zu verstehen, das aber schon vorher so war. Irgendwie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der unterzeichnenden Parteien, frage ich mich schon, ob das wirklich nötig war, den Kantonsrat, den Regierungsrat, die Verwaltung und die zuständige Kommission mit etwas zu beschäftigen, das bereits auf dem Tisch lag. Die Antwort ist klar: Nein, war es nicht. Sie haben das Thema auf die Traktandenliste setzen lassen, also sage ich im Namen der grössten kantonalen Partei der Schweiz, der Zürcher SVP, etwas klar und deutlich: Die Meinung der SVP zum

Thema der Verhandlungen mit der EU wegen eines Rahmenvertrags ist, dass wir erfreut, sehr erfreut waren über den Abbruch der Verhandlungen zum damals vorliegenden inakzeptablen Rahmenvertrag. Reden und Verhandeln ist grundsätzlich nichts Schlechtes, und natürlich wäre es wünschenswert für beide Seiten, eine gute und akzeptable Lösung weiterhin insbesondere für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu haben. Das heisst aber nicht ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Davide Loss (SP, Thalwil): Ja, Herr Suter, das Postulat war notwendig. Es ist nämlich gar nichts gegangen im Europa-Dossier, und dies zum Schaden des Wirtschafts- und Forschungsstandortskantons Zürich. Und das musste sich ändern und der Regierungsrat ist hier in der Pflicht. Es ist nicht einfach eine Bundesaufgabe, sondern die Kantone sind bei den Aussenbeziehungen ebenfalls in der Pflicht. Und der Regierungsrat hat dieses Anliegen ernst genommen. Er hat mit viel mehr Druck auch die Interessen des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Kanton Zürich eingebracht in Bern, so wie es von den Postulanten auch gewünscht wurde. Der Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU am 26. Mai 2021 hat dem Kanton Zürich nämlich erheblichen Schaden zugefügt und es braucht deshalb eine grundsätzliche europapolitische Diskussion ohne ideologische Scheuklappen. Herr Suter, das ist, das müsste auch in Ihrem Interesse sein.

Wie bereits gesagt, setzt der Regierungsrat mit Nachdruck die Interessen des Kantons Zürich um, bringt diese ein in die zuständigen Gremien der Konferenz der Kantonsregierungen und dies ist aus Sicht der SP-Fraktion sehr erfreulich und vor allem auch dringend notwendig. Dies soll so weitergeführt werden. In diesem Sinn stimmen wir der Abschreibung des Postulates zu. Besten Dank.

Isabel Garcia (FDP, Zürich): Das wichtigste vorneweg, die FDP schreibt das Postulat ab, das die Einrichtung eines Runden Tisches zu den Beziehungen Schweiz–Europäische Union fordert. Wie Sie den Ausführungen der Kommissionspräsidentin und natürlich auch dem Bericht der Regierungen nehmen konnten, existieren diese Diskussionsplattformen mit einer Vereinbarung zwischen Bund und den Kantonen über den politischen Dialog Bund-Kantone zu Europa-Fragen seit 2012. Diese Vereinbarung trägt dem in der Bundesverfassung verankerten Recht der Kantone Rechnung, bei aussenpolitischen Entscheidungen, die ihre Zuständigkeiten oder wesentlichen Interessen betreffen, mitzuwirken. Ausserdem – auch das wird beschrieben im Bericht – sind die Kantone im Sounding Board der EDA (*Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten*) sowie in der Plenarversammlung und dem leitenden Ausschusses der KDK (*Konferenz der Kantonsregierungen*) vertreten. Dazu kommt die Mitarbeit kantonaler Vertretungen in zahlreichen Gremien auf technischer Ebene. Auch wurde bestätigt, dass Zürich dabei unter den Kantonen eine sehr aktive Rolle einnimmt. Das ist richtig und wichtig so.

Die Forderung des Vorstosses nach einem Runden Tisch Bund-Kantone beziehungsweise Schweiz-Europa sind also somit bereits erfüllt. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Unsere Schweiz ist wirtschaftlich, sozial und politisch sehr stark vernetzt. Die EU ist unser wichtigster Partner. Ihr verdanken mir mehr als die Hälfte unseres Handelsvolumens. Umso mehr ist es eine Tragödie, dass der Bundesrat vor fast drei Jahren unserem wichtigsten Partner einfach mitten in den Verhandlungen über ein gemeinsames Zukunftsmodell die Tür vor der Nase zugeschlagen hat, ohne Plan B. Und es ist eigentlich eine noch grössere Tragödie, dass das Thema drei Jahre später immer noch aktuell ist. Trotzdem stimmen wir einer Abschreibung zu. Mit dem Europa-Dialog ist ein Gefäss, wie es das Postulat fordert, vorhanden. Aber – und dieses Aber ist gross – es scheint in wichtigen Momenten zu versagen. Die Kantone wurden im Vorfeld nicht informiert, als der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU abbrach. Unser letzter Kommissionsausflug führte uns nach Bern zum Haus der Kantone. Und ja, leider wurde uns dies bestätigt. Die Kantone tauschen sich zwar regelmässig mit dem Bund aus und können ihre Anliegen einbringen. Aber wenn Bund und Kantone nicht gleicher Meinung sind, dann hat der Bund das Zepter in der Hand und die Kantone haben das Nachsehen.

Nun, weshalb setzen sich die Grünliberalen so sehr für eine Vernetzung und eine Lösung mit Europa ein? Weil das für die Zukunft der Schweiz unverzichtbar ist. Es ist eine Notwendigkeit für den Forschungs- und Innovationsstandort Zürich, eine Notwendigkeit für unsere Unternehmen, damit sie in einem herausfordernden Umfeld bestehen und den Anschluss an die Spitze nicht verlieren, eine Notwendigkeit für Studierende und Forschende, damit sie wieder bei Horizon Europe (*Programm für die Forschungszusammenarbeit*) und Erasmus (*Austauschprogramm für Studierende*) mitmachen können, eine Notwendigkeit für eine prosperierende Zukunft und unseren Wohlstand. Und wir brauchen dringend ein Gesundheitsabkommen mit der EU, ein Abkommen zur Lebensmittelsicherheit und vor allem ein Stromabkommen.

Und noch zum Schluss: Eine Abschottung führt uns sicher in eine Sackgasse. Ich hoffe, dass wir doch ein Happy End mit der EU-Lösung haben werden. Vielen Dank.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Für den Kanton Zürich – und da sind wir dezidiert anderer Meinung als die SVP – war der Entscheid des Bundesrates über den Abbruch des Rahmenabkommens sicherlich alles andere als klug. Die KDK und damit auch der Kanton Zürich wurden trotz bestehender Runden Tische oder Gremien nicht über diesen Entscheid informiert, und dieses Vorgehen zeugt eben auch nicht von Klugheit, Weitsicht oder guter Zusammenarbeit.

Dieses dringliche Postulat zeigt: Es brauchte den politischen Druck auf allen Ebenen, auch hier im Kanton und gerade im Kanton Zürich. Und diesen politischen Druck mussten in diesem Fall, weil eben die Rechte der Kantone beschnitten wurden, selbstverständlich auch die Kantone wieder einfordern, und sie mussten es auch laut einfordern. Der Druck auf den Bund und hier auch auf den Regierungsrat war richtig und notwendig. So hat der Regierungsrat im Rahmen der KDK umgehend auf den Abbruch reagiert und beim Bund interveniert und sich noch

am selben Tag, am Tag des Abbruchs, für ein geregeltes Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU eingesetzt; er hat geschrieben, es sei von grosser oder von grösster Bedeutung. Und dafür bekommt der Regierungsrat von uns zumindest gute Noten, denn der Bundesrat hat zur Stärkung der politischen und inhaltlichen Steuerung der Sondierungsgespräche mit der EU eben besagtes Sounding Board wiedereingesetzt und da sind die Kantone, die Sozialpartner und die Wirtschaft sehr gut vertreten. Das erfüllt die Forderung nach diesem Runden Tisch, wir schreiben ab.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Wir sind stolz, dass der Kanton Zürich ein Wirtschaftsstandort, ein Forschungsstandort und ein Bildungsstandort ist, der in der Schweiz Vorbildcharakter hat, und ich nehme an, Marcel Suter würde mir hier zustimmen. Marcel Suter, wenn uns dieser Standort und diese Wichtigkeit so essenziell ist, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass diese Interessen entsprechend vertreten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass über diese Interessen eben nicht nur hier in diesem Ratssaal geredet wird, sondern dass diese Interessen auch nach Bern getragen werden, wo dann – und da gebe ich dir recht – der Bund mit der EU verhandelt. Es ist aber wichtig, dass der Kanton Zürich, also der Kanton, der am stärksten betroffen ist von der Beziehung zu Europa und zur EU, entsprechend gehört wird. Und es ist wichtig, dass der Regierungsrat diese Funktion aktiv wahrnimmt, und genau das war das Anliegen von Michael Zeugin, als er diesen Vorstoss eingebracht hat. Es geht auch darum, dem Regierungsrat den Rücken zu stärken, dass eben nicht nur der Regierungsrat mit dem Bund verhandelt und ihm aufzeigt, wie wichtig diese Beziehung ist für den Kanton Zürich, sondern dass auch das Parlament hinter dem Regierungsrat steht, dass wir, die alle hier einen Teil der Bevölkerung vertreten, ebendiese Interessen, die für den Kanton Zürich so essenziell sind, nach Bern tragen und sagen: Hört uns zu, denn uns trifft es. Wenn ihr eure Arbeit nicht tut, dann tut es uns weh. Entsprechend fordern wir, dass dieser Dialog aktiv weiter gepflegt wird. Wir brauchen ein Abkommen für den Wirtschaftsstandort, für den Forschungsstandort, für den Bildungsstandort. Wir brauchen es aber auch für die Gesundheit, die Energiefragen und vieles mehr. Danke für die Aufmerksamkeit.

Marcel Suter (SVP, Thalwil) spricht zum zweiten Mal: Davide, wenn die sehr tiefen Arbeitslosenzahlen, Rekord-Einwanderung – sehr vielen Branchen geht es sehr gut – für dich Schaden bedeuten, dann kannst du das in der EU erzählen. Du wirst aber kein Land finden, das dir da zustimmt, dass das ein Schaden ist. Der einzige Schaden ist – und ich habe einen Teil meiner Einnahmen in meinen Firmen in Euro –, dass der Euro eigentlich bald nichts mehr wert ist. Das ist ein Schaden und das hat mit Politik zu tun und das hat mit wirtschaftlicher Schwäche der EU zu tun, ganz einfach.

Ich mache weiter mit dem, was ich noch sagen wollte: Ich habe es ja erwähnt, dass auch wir für ein Abkommen sind, nur nicht zu jedem Preis, das ist der Unterschied zu den anderen Parteien. Das heisst aber nicht, dass die Schweiz alles

übernimmt, was die EU vorgibt, und mehr Nach- als Vorteile hätte. Das ist entscheidend. Das heisst genauso wenig, dass der Bundesrat dann irgendwann vorliegende Resultate ohne obligatorisches Referendum dem Stimmvolk vorlegen darf. Da sind Sie dann wieder dafür, da ist Ihnen der Kanton egal. Da sind dann die logischerweise ebenfalls davon betroffenen Kantone gefragt, aber nicht bei den Verhandlungen. So schliesst sich der Kreis wieder zum Abschreiben des Postulates. Besten Dank.

Davide Loss (SP, Thalwil) spricht zum zweiten Mal: Ja, warum haben wir eine so tiefe Arbeitslosenquote? Warum geht es der Schweizer Wirtschaft entsprechend gut? Dank der EU. Es sind die Arbeitskräfte aus der EU, die dafür sorgen, dass wir heute so dastehen, wie wir dastehen, und das lässt sich sehen, da bin ich sogar einverstanden mit Ihnen, aber das ist eben dank der EU so. Seien Sie doch ehrlich, Herr Suter, Sie wollen überhaupt kein Abkommen mit der EU, Sie wollten noch nie irgendein Abkommen mit der EU. Sie wollten ja noch nicht einmal die Personenfreizügigkeit, obwohl ja genau Leute aus Ihrer Partei am meisten Personen aus der EU beschäftigen. So ist die Realität. Dank der EU geht es uns gut und dieser Beziehung müssen wir Sorge tragen. Und dies tut der Regierungsrat und deshalb weiter so.

René Isler (SVP, Winterthur): Ich glaube, wenn jemand ein Problem mit der EU hat, dann sind Sie es von der linken Seite. Am letzten Freitag anlässlich unserer hervorragenden Albisgütli-Tagung hat es euer höchster Gewerkschafter der Schweiz, Herr Ständerat Maillard (*Pierre-Yves Maillard*), hervorragend gemacht. Und Sie wissen es genau, ohne diesen Gewerkschaftsboss geht gar nichts im ganzen EU-Dossier. Er wehrt sich, wortwörtlich gesagt, mit Händen und Füßen gegen ein Rahmenabkommen, solange die Sache mit den Löhnen nicht geregelt ist. Und Sie wissen es, gemäss EU-Kommission sind die Lohndeckelungen oder Lohnforderungen oder Untergrenzen/Obergrenzen ein No-Go. Mit der direkten Personenfreizügigkeit und mit dem Freihandel zwischen den EU-Staaten sei das nicht auseinanderdividierbar. Und so lange das so ist, können wir uns eigentlich nur dem Gewerkschaftschef Maillard anschliessen und sagen: Wir halten durch.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das dringliche Postulat KR-Nr. 381/2021 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.